7. Die Weiterbearbeitung von Ersthinweisen in den verschiedenen Formen, insbesondere durch die politisch-operative Personenkontrolle

Auf der Grundlage der Einschätzungen der im Teil III genannten Informationen und Ersthinweise sind die notwendigen Entscheidungen zu treffen über

- Einleitung von Sofortmaßnahmen mit dem Ziel der unmittelbaren Festnahme;
- sofortige Bearbeitung in Vorgängen;
- Einleitung differenzierter Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens oder der Schleusung;
- eine Übergabe an die Deutsche Volkspolizei, sofern keine Verantwortlichkeit des Ministeriums für Staatssicherheit vorliegt und die Gewährleistung der Geheimhaltung und Konspiration dies zuläßt, bei Gewährleistung des weiteren Informationsaustausches oder
- die politisch-operative Personenkontrolle.

Die Kontrolle von Personen entsprechend der Richtlinie 1/71 erfolgt mit der generellen Zielstellung des rechtzeitigen Erkennens und Aufklärens, der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels in der DDR und anderen sozialistischen Ländern, einschließlich der Auffindung, Schaffung und Nutzung von Ansatzpunkten und Voraussetzungen für die Bandenbekämpfung.